

USA: „Lug und Betrug“

Der Auftritt von Außenminister George Shultz bei den Iran-Contra-Hearings geriet zu einer Anklage, aber auch einem Eingeständnis eigener Ohnmacht. „Niemand sollte glauben“, so faßte er die Aussagen seiner Vorgänger im Zeugenstand zusammen, „daß Lug und Betrug Voraussetzung



US-Außenminister Shultz

für ein öffentliches Amt oder für die Arbeit im Auswärtigen Dienst sind.“ Gnadenlos rechnete Shultz mit Ex-Sicherheitsberater John Poindexter, dessen Gehilfen Oliver North und dem verstorbenen CIA-Chef William Casey ab. Deren Pläne und Aktionen zur Befreiung von Geiseln durch Waffenlieferungen an den Iran seien „verschoben“ oder schlicht „verrückt“ gewesen. Shultz fällt ein vernichtendes Urteil über den außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Reagan-Administration. Weit über die übliche Rivalität zwischen Außenministerium und Sicherheitsrat hinaus sei eine „erbitterte Schlacht“ ausgetragen worden. Zuweilen habe er vom Weißen Haus nicht einmal ein Flugzeug für notwendige Reisen bekommen können. Immer wieder mußte Shultz auch einräumen, nicht unterrichtet gewesen zu sein. Peinlicher noch: Der Außenminister wurde auf Wunsch des Präsidenten von wichtigen außenpolitischen Entscheidungen ferngehalten. Insgesamt dreimal habe er „aus Frustration“ seinen Rücktritt angeboten.

US-Bücher für Managua

350 Verlage aus 45 Ländern stellten sich vergangene Woche mit rund 25 000 Titeln auf Nicaraguas erster internationaler Buchmesse vor: Unter dem Titel „Das Buch – Fenster zur Welt“ sollte den

Nicaraguanern, von denen die Hälfte erst in einer Alphabetisierungskampagne vor acht Jahren lesen und schreiben lernte, Weltkultur nahegebracht werden. Die Idee dazu hatten Kulturminister Ernesto Cardenal, Dichter und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buch-



Eröffnung der Buchmesse in Managua

handels, und der Direktor der Frankfurter Buchmesse, Peter Weidhaas. Die sozialistischen Bruderstaaten Nicaraguas steuerten nur zehn Prozent der Bücher bei. Mit Abstand größter Aussteller waren, trotz Handelsembargos, die USA mit 1000 Titeln – darunter allein 400 von der USIA, der PR-Organisation der Washingtoner Regierung.

Rückschlag für Sambia

Der wirtschaftlich schwer mitgenommene und mit 5,8 Milliarden Dollar verschuldete Frontstaat Sambia gerät weiter in die Klemme. Nachbar Simbabwe kündigte jetzt an, keinen Strom mehr aus Sambia beziehen zu wollen, da es seinen Energiebedarf selbst decken könne. Sambia geht dadurch eine jährliche Einnahme von rund 18 Millionen Dollar verloren. Mehr als die Hälfte aller Stromgeneratoren des Landes müssen abgeschaltet werden.

Belgiens arme Ärzte

Der Studentenboom an den Medizinischen Fakultäten Belgiens seit Mitte der 70er Jahre hat zu einer Ärzteschwemme geführt. Nach einer Umfrage sind die Berufsaussichten vor allem für belgische Allgemeinmediziner düster. Ein Drittel von ihnen verdient netto umgerechnet nur 1200 Mark. Mehr als die Hälfte der jungen praktischen Ärzte sieht täglich weniger als zehn Patienten in ihrer Praxis, ein Viertel von ihnen sogar nur fünf Kranke.

Manilas schwierige Landreform

Präsidentin Corazon Aquino hat mit einem Dekret die größte Landreform eingeleitet, die es auf den Philippinen je gegeben hat. Nutznießer sollen 2,6 Millionen landlose Bauern sein. Selbstverständ-



Philippinische Plantage

lich, betonte die Präsidentin vergangene Woche, falle auch die „Hacienda Luisita“, das 6000-Hektar-Anwesen ihrer Familie, unter die Reform und werde aufgeteilt. Alle Eigentümer müssen innerhalb von 90 Tagen die Größe ihres Besitzes der Regierung melden. Nach den Vorstellungen der philippinischen Regierung sollen Privatleute künftig über höchstens sieben Hektar Agrarland verfügen dürfen. Ob allerdings der Kongreß in Manila einer so radikalen Reform zustimmen wird, scheint fraglich. Mehr als ein Dutzend Anläufe zu einer umfassenden Landreform sind auf den Philippinen in diesem Jahrhundert bereits gescheitert – am Widerstand der Großgrundbesitzer (die auch im neugewählten Kongreß zahlreich vertreten sind) und an Geldmangel. Guillermo Carague, Haushaltsminister des fast bankrotten Inselstaats, beziffert die Entschädigungskosten für die ersten fünf Jahre auf 50 Milliarden Peso – viereinhalb Milliarden Mark.